idend. Voraussetzung uch eine Kooperation e Abnahme des Substn. „Starke Schwankunder Biogasanlage sind nscht. Wenn man dann anfängt zu ernten, soll auch lohnen", sagt er. ohne Grund betreiben die meisten Landwirte, die bisher mitmachen, selbst eine Biogasanlage und sind Jäger. „Ich habe doch finanziell mehr davon, wenn ich Mais anbaue", bekommt Johann Högemann bei seinen Informationsveranstaltungen oft zu hören. Aus diesem Grund kämpfen die Projektbeteiligten um Fördergelder. „Verglichen mit den Erträgen bei Mais, verzichten die Landwirte hier auf etwa 400 Euro", beschreibt Högemann das Problem. Durch Zusatzzahlungen aus der zweiten Säule, als Agrarumweltmaßnahmen (AUM), könne es gelöst werden. Attraktiv werde die Wildpflanzenmischung auch, wenn Anlagenbetreiber damit ihrer Greening-Verpflichtung nachkommen könnten. Einen Versuch, um die Politik von ihren Vorschlägen zu Fördermaßnahmen zu bewegen, unternehmen sie noch in diesem Jahr. Die neue Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast haben sie bereits eingeladen. Högemann und Schröer möchten auch Kommunen und Kirchen in die Pflicht nehmen. „Die haben eine große gesellschaftliche Verantwortung, sind bislang aber leider sehr zurückhaltend", bedauert Högemann. Weil Flächen mit mehrjährigen Wildpflanzen dazu beitragen können, die Nitratbelastung des Grundwassers zu reduzieren, müssten vor allem Wasserbeschaffungsverbände einbezogen werden.

Friederike Husmann

Foto: Högemann

Mit einem Häcksler werden die Wildpflanzen Ende Juli, Anfang August geerntet. Etwa drei Wochen benötigen sie zur Regeneration.

Biotopverbund: Neues Projekt am Grünlandzentrum

Bereits seit 2002 wurde die Bedeutung von einem Biotopverbund für den Erhalt der Biodiversität im Bundesnaturschutzgesetz verankert. Für die Bundesländer wurde festgelegt, dass auf mindestens 10 % ihrer Landesfläche der Biotopverbund verbindlich umzusetzen ist.

Seit Juni 2017 bahnt sich die Verschärfung an, die zum Handeln zwingt: Denn seit diesem Zeitpunkt hat der Gesetzgeber erstmalig Fristen gesetzt, und zwar bis Ende 2027. Spätestens dann sollen Biotopverbundsysteme grenzübergreifend eingerichtet sein. Darauf wiesen Dr. Arno Krause, Leiter des Grünlandzentrums Niedersachsen/Bremen (GZ) in Ovelgönne, LK Wesermarsch, und sein Mitarbeiter Mathias Paech anlässlich der Auftaktveranstaltung „Biotopverbund Grasland" kürzlich in Rastede hin. Dort stellten sie das neue gleichnamige Forschungsprojekt am GZ vor. Dessen Leitung hat Paech übernommen. Zusammen mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, der Universität Oldenburg und dem NABU Oldenburger Land will das GZ bis Ende 2021 ein Konzept für einen Grünland-Biotopverbund beispielhaft für eine Pilotregion erarbeiten. Krause: „Es geht hier nicht darum, Schuldige zu suchen, sondern eine Lösung zu finden, die für alle Betroffenen wirtschaftlich tragfähig ist". Vertreter aus Landwirtschaft, Umweltschutz und Wissenschaft sind damit gleichermaßen gefordert.

Die Hauptursachen für den Verlust der biologischen Artenvielfalt sehen Experten vor allem in der Veränderung der Lebensräume vieler Arten und damit auch in der teilweise aus wirtschaftlicher Notwendigkeit sehr einseitig ausgerichteten landwirtschaftlichen Nutzung. Verstärkte negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt sind in den nächsten Jahrzehnten auch durch den Klimawandel und die Nährstoffüberfrachtung der Naturgewässer zu befürchten. Einbezogen in das Projekt wird aber nicht nur das Wirtschaftsgrünland der Landwirte, sondern auch das kommunale bzw. private Grasland (z.B. Randstreifen). Woraus besteht aber ein Biotopverbund?

- Aus den Kernflächen, also den Lebensräumen von Pflanzen und Tieren, wo ihre Populationen stabil gehalten werden können (z.B. Naturschutzflächen)
- Aus den Trittstein-Biotopen, die als flächige Verbindungselemente zwischen den Kernzonen den Arten nur vorübergehend eine Bleibe bieten.
- Aus den Korridoren, die als bandförmige Verbindungselemente eine wichtige Funktion bei der Vernetzung der Kernflächen erfüllen.
- Aus Pufferzonen, die um die naturschutzfachlich wertvollen Flächen gelegt werden und diese vor negativen Einflüssen schützen.

Generell werden Biotope durch eine Vernetzung aufgewertet und dem Artenrückgang damit besser entgegengewirkt, als durch abgekapselte reine Naturschutzflächen ohne Verbundstrukturen. Das Projekt „Biotopverbund Grasland" soll ein Konzept erarbeiten, das im Sinne der nationalen Biodiversitätsstrategie einen Biotopverbund im offenen Grasland anhand der Gegebenheiten vor Ort entwirft. Die Finanzierung hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt übernommen. Zur Verfügung stehen bis Januar 2021 insgesamt 250.000 Euro. Projektleiter Paech schilderte das genaue Vorgehen:

- Ausgangspunkt sind die Kernflächen in den Landkreisen Ammerland, Wesermarsch und Oldenburg.
- Die Kernflächen werden von den Unteren Naturschutzbehörden benannt und kartiert.
- In den Kernflächen werden die Zielarten (zu schützende Arten) erfasst.
- Diese werden in einem Geoinformationssystem (GIS) als Planungsgrundlage hinterlegt.

Dann suchen die Projektleitung und die Unteren Naturschutzbehörden gemeinsam zwei Gebiete pro Landkreis aus, die in dem Projekt vertiefend bearbeitet werden. Das bedeutet, dass die notwendigen Verbindungsgebiete für die Kernzonen wissenschaftlich beschrieben, aber auch die Nutzungsstruktur (u.a. Landwirtschaft) der Räume analysiert werden. Es sollen Flächennutzer gefunden werden, die bereit sind, lineare bzw. flächige Strukturen für den Biotopverbund bereit zu stellen. Im Rahmen der Erhebungen werden Flächen festgelegt, die zwingend für das Verbundsystem gebraucht werden. Außerdem sind Finanzierungs- und planerische Steuerungselemente zu erarbeiten.

Paech betonte in seinem Fazit, dass der Erfolg des Projektes stark von der betroffenen Landwirtschaft abhängen wird und das gesellschaftliche Ziel „mehr Biodiversität" nur zu erreichen ist, wenn es für die betroffenen Akteure in den Projektregionen ökonomisch tragbar ist.

Edith Kahnt-Ralle